

Zur Sache peter v. kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern



«CS ist auf dem Präsentierteller»

Die Credit Suisse könnte laut Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz selbst dann Geld vom Bund benötigen, wenn ihr Geschäft gut läuft: Ihr droht ein Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren Konkurrenten. Kunz hält gar einen Verkauf für möglich.

Handelszeitung 25.11.2008

Die Citigroup stolpert angeschlagen in die Arme des amerikanischen Staates, die Kurse der Schweizer Grossbanken sind trotz zwischenzeitlicher Erholung weiter sehr tief. Wie wahrscheinlich ist es, dass auch die Credit Suisse Staatshilfe benötigt?

Peter V. Kunz: Bisher sagte die CS klar, sie brauche keine Staatshilfe. Das Vertrauen des Marktes war so gross, dass sie sich privat finanzieren konnte. Wenn nun aber noch ein oder zwei schlechte Quartalsabschlüsse kommen, hätte die Bank Bedarf nach zusätzlichem Eigenkapital. Und dieses könnte die CS wohl nicht mehr über den Markt finanzieren.

Die erste Tranche holte sich die CS mühelos im Nahen Osten. Bei einer allfälligen zweiten Tranche wäre das nicht möglich?

Kunz: Die Scheichs im Nahen Osten werden sich überlegen, ob sie weiteres Geld in die westliche Finanzwelt pumpen wollen. Es gibt Indizien, dass sie eher Afrika oder Asien im Auge haben.

Einiges spricht aber auch für die CS. Sie ist mit ihren Anlagen in Geschäftsimmobilien besser dran als Banken, die bei Schrott-Immobilien im Häusermarkt exponiert sind.

Kunz: Das ist absolut richtig. Die Geschäftsimmobilien sind nicht ein Risikofaktor, sondern fast eher ein Erfolgsfaktor bei der CS. Solange nicht eine sehr tiefe Rezession kommt, welche die Geschäftsimmobilien in den Strudel reisst, wird es dort keine Probleme geben. Zudem ist das Marktvertrauen vorhanden, die CS verzeichnet nach wie vor Nettogeldzuflüsse. Die CS steht zwar unter Verdacht, weil sie eine Grossbank ist, bis jetzt hat sie die Krise aber sehr gut gemeistert.

Und die CS hat eine hohe Eigenkapitalquote von 13,7%.

Kunz: Die CS war bereits vor dem Hilfspaket des Bundes genügend kapitalisiert. Allerdings werden jetzt weltweit die Kapitalisierungen der Banken mit Staatshilfe erhöht. Die Citigroup zum Beispiel wird über eine Eigenkapitalisierung von knapp 15% verfügen. Die CS wird vielleicht aus diesem Grund Kapitalisierungsbedarf haben: Nicht weil ihr Eigenkapital ungenügend ist, sondern weil sie keinen Wettbewerbsnachteil erleiden und den Anschluss an die Banken verpassen will, die mit Staatshilfe ihr Eigenkapital erhöhen.

Wie gross wäre der Imageschaden für die CS?

Kunz: Es kommt darauf an, aus welchen Gründen die CS Geld benötigen würde. Wenn sie nur zum Staat ginge, weil ihre internationale Konkurrenz sie bei der Eigenkapitalquote überholt und sie auf dem Geldmarkt keine zusätzlichen Mittel findet, dann wäre das Imageproblem gering. Wenn sie aus einer Notsituation beim Staat anklopfen müsste wie die UBS, dann wäre das ein grosses Imageproblem und würde der CS schaden. Die CS blickte bisher mit einem mitleidigen Lächeln auf die UBS, und ihre Nettogeldzuflüsse waren auch darauf zurückzuführen, dass sie anders als die UBS sehr überzeugend sagen konnte, sie brauche keine staatliche Beteiligung.

Die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) schloss am Wochenende eine Fusion von CS und UBS aus. Tun Sie das auch?

Kunz: Ich würde diesen Gedanken nicht so weit von mir weisen, wie das die EBK tat. Wenn die Krise noch einmal eine weitere Dimension annimmt, könnte ich mir eine Fusion vorstellen. Natürlich dürfte man die Banken nicht einfach fusionieren. Sowohl aus wettbewerbsrechtlichen als auch aus regulatorischen Gründen müsste man ein solches Fusionsprodukt aufspalten. Es könnte dann vier Bankeinheiten geben: Investment Banking, Private Banking, Asset Management und allenfalls ein Amerika-Geschäft. Möglich wäre es dann, Teile abzuspalten und zu verkaufen, zum Beispiel das Investment Banking. Beim Asset Management wäre ein Joint Venture mit einer Grossbank wie der sino-britischen HSBC denkbar. Rein juristisch gäbe es genügend Möglichkeiten, um eine Fusion

möglich zu machen.

Läge das im Interesse der Schweiz? Mit nur einer Grossbank würde das Klumpenrisiko noch grösser.

Kunz: Nein, das Klumpenrisiko würde durch eine Aufteilung des Fusionsprodukts abgebaut. Das Klumpenrisiko ist heute so gross, weil wir das Universalbankenmodell haben. Für mich wäre eine Fusion von UBS und Credit Suisse sowie die Aufteilung in Einheiten ein positiverer Schritt, als wenn man die UBS in der Not verstaatlichen würde.

Oder wird die CS von einer anderen Bank übernommen?

Kunz: Diese Variante ist möglich. Die CS liegt derzeit auf dem Präsentierteller, weil es ihr gut geht und der Aktienkurs tief ist. Ich glaube aber nicht daran, weil das momentan niemand finanzieren könnte. Auch eine HSBC könnte jetzt nicht einfach 20 Mrd Fr. auf den Tisch legen. Das Einzige, was ich mir vorstellen kann: Dass ein Bankenkonsortium Interesse hätte, ähnlich wie vor zwei Jahren im Fall der ABN Amro.

Deutschland macht Druck wegen dem Bankgeheimnis, die USA wird unter Barack Obama ebenfalls nicht nachsichtiger: Werden wir Zeuge des Endes des Bankenplatzes Schweiz?

Ich glaube, das Bankgeheimnis als solches wird bestehen bleiben. Viele Schweizer Banken verbinden das Bankgeheimnis zu unrecht mit dem Steuerthema. Meiner Meinung nach sollte Internationale Rechtshilfe auch bei Steuerhinterziehung gewährt werden. Wenn die Schweiz ihre Rechtshilfe grosszügiger gestalten würde, würde der Druck aus Deutschland, der OECD und den USA auf das Bankgeheimnis nachlassen. Dieser Druck zielt ja primär auf die Steuerflucht. Das Bankgeheimnis ist wichtig für die Schweiz und es ist seit 300 Jahren ein wichtiger Teil dieses Landes.

Wenn das Schweizer Bankgeheimnis fällt: Springen dann nicht einfach Off-Shore-Finanzplätze oder Orte wie Dubai, Singapur und Hong Kong auf, denen politischer Druck nichts ausmacht?

Das würde ich zu hundert Prozent unterschreiben. Bei dieser ausländischen Kritik geht es insgesamt weniger um das Thema Steuerflucht oder Geldwäscherei. Man schlägt den Sack Bankgeheimnis und meint den Esel Schweizerischer Finanzplatz. Der grösste Teil der ausländischen Kritik hat wirtschaftspolitische Gründe und richtet sich gegen den Finanzplatz Schweiz als solches. Im Bereich der Geldwäscherei ist die Schweiz Vorbild. Wir haben in der Schweiz vor Jahren den Kampf gegen die Geldwäscherei als wichtiges Thema erkannt, und regulatorische Massnahmen ergriffen. Viele Länder wie etwa Singapur haben längst nicht derartige Abwehrmassnahmen in Kraft gesetzt wie die Schweiz. Das Geldwäschereigesetz und die Sorgfaltspflicht-Vereinbarung der Schweizerischen Bankier-Vereinigung stellen sicher, dass man im Banken- und Parabankebereich die Geldwäscherei im Griff hat. Für die meisten Offshore-Gebiete gilt das so nicht. Wir haben einen sauberen Finanzplatz CH, gerade im Vergleich zu ausländischen Konkurrenten. Der einzige Bereich, wo noch ein gewisser Nachholbedarf besteht, ist die Steuerhinterziehung.

Adresse des Original-Artikels: http://www.handelszeitung.ch/artikel/Unternehmen-_CS-ist-auf-dem-

Praesentierteller_438624.html

[Fenster schliessen](#)

